

Zürich



Im Schulstreit um die Primarschule Bergli in Horgen ist die Rede von Amtspflichtverletzungen, Intransparenz und mangelnder Führung. Foto: Manuela Matt

Warum auch Horgen die Zwangsverwaltung droht

Streit um Schulpflege Seit Monaten zoffen sich Gemeinderat, Schulpflege und Schulpräsidentin. Nach Rücktrittsdrohungen steht der Bezirksrat vor einem heiklen Entscheid.

Liliane Minor

Niemand könne mehr mit Schulpräsidentin Carla Loretz (parteilos) zusammenarbeiten. Greife der Bezirksrat nicht ein, drohe eine Welle von Rücktritten. Das sagten Gemeinderat und Schulpflege von Horgen am 10. März den Medien. Es war ein Paukenschlag, der seinesgleichen sucht.

Keine drei Monate früher, am 20. Dezember, dreissig Kilometer nördlich: Der Regierungsrat entmachtete die heillos zerstrittene Schulpflege Bachenbülach und setzte einen Verwalter ein. Auch das ein Paukenschlag. Dass der Kanton eine Behörde entmachtete, hatte es bis dato erst ein einziges Mal gegeben, nämlich als der gesamte Gemeinderat von Humlikon 1963 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam.

Was aber haben die beiden Vorfälle, Horgen und Bachenbülach, miteinander zu tun? Ganz einfach: Was Bachenbülach geblüht hat, könnte auch in Horgen Realität werden.

«Alle laufen am Limit»

Das zumindest sagt Peter Wehrli, seit Dezember Sachwalter der Primarschulgemeinde Bachenbülach: «Letztlich sind beide Konflikte ähnlich gelagert. Die Zusammenarbeit funktioniert nicht, die Behörde ist blockiert.» Der Bülacher Bezirksrat habe über Monate versucht, die Situation zu kitten. Es gab Gespräche, eine Mediation, alles ohne Erfolg. Als der Vizepräsident der Schulpflege per sofort zurücktrat und sich zwei der vier verbliebenen



Um sie geht es: Schulpräsidentin Carla Loretz. Foto: Manuela Matt

Mitglieder der Schulpflege krankschreiben liessen, blieb dem Bezirksrat keine Wahl. Er beantragte dem Regierungsrat die Zwangsverwaltung, weil eine Behörde nicht mehr funktionsfähig ist, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder ausfällt. «Der Entscheid hat weitherum Interesse ausgelöst. Auch in Horgen», sagt Wehrli. Seine Vermutung: «Das Beispiel könnte Schule machen.»

Theo Leuthold (SVP), Gemeindepräsident von Horgen, will zu einer möglichen Zwangsverwaltung keine Prognose abgeben: «Diese Frage ist offen.» Klar sei, dass alle Gemeinderäte und Schulpfleger am Limit liefen: «Ich fürchte und glaube, das halten nicht mehr alle lange durch.»

Undenkbar ist das Bachenbülacher Szenario auf jeden Fall nicht. Käme es zu einer Reihe von Rücktrittsgesuchen, müsste der Bezirksrat darüber entscheiden – und er wäre wohl gezwungen, die meisten dieser Gesuche abzulehnen, denn in beiden Behörden herrscht Amtszwang. Zurücktreten kann man nur, wenn man triftige Gründe hat. Ein Streit mit den Kollegen gehört nicht dazu. Gut möglich, dass



Peter Wehrli ist Sachverwalter von Bachenbülach. Foto: PD

sich die Betroffenen deshalb krankschreiben lassen würden.

Doch worum geht es überhaupt im Horgner Schulstreit? Offiziell ist die Rede von «Amtspflichtverletzungen, Intransparenz und mangelnder Führung». Recherchen des «Tages-Anzeigers» zeigen, was das konkret heisst: Carla Loretz, im Juni 2018 zur Schulpräsidentin gewählt, soll das Budget überzogen haben, indem sie Ausgaben unrechtmässig für gebunden erklärt und so der demokratischen Kontrolle entzogen haben soll. Weil Loretz von Amtes wegen auch im Gemeinderat sitzt, ist dieser ebenfalls in den Streit involviert.

Anwalt spricht von Mobbing

Sicher ist: Im August letzten Jahres entzogen die übrigen Schulpflegemitglieder Loretz das Finanzdossier. Und sie wandten sich ebenso wie der Gemeinderat an den Bezirksrat. Das Verfahren ist seit Monaten hängig. Kürzlich wurden die letzten Schriftwechsel abgeschlossen. Wann der Bezirksrat entscheidet, kann Statthalter Armin Steinmann nicht sagen, obwohl die Horgner lieber



Gemeindepräsident Theo Leuthold (SVP). Foto: Moritz Hager

heute als morgen einen Entscheid hätten: «Die Sache hat sicher Priorität. Aber wir haben auch noch andere wichtige Geschäfte.»

Loretz selbst will sich, wie auch ihre Kontrahenten, inhaltlich nicht zum Streit äussern. Ihr Anwalt, Ueli Vogel-Etienne, weist die Vorwürfe an seine Mandantin als «nicht nachvollziehbar und substanzlos» zurück. Die Gemeinde Horgen habe letztes Jahr einen Ertragsüberschuss von mehr als 4 Millionen Franken erzielt, Mehrausgaben in der Schule – rund 1,4 Millionen Franken – seien vor allem auf «unvermeidliche Besoldungs-Mehrkosten» zurückzuführen. Vogel-Etienne spricht von Mobbing gegenüber der Schulpräsidentin. So sei sie kurzfristig vom Weihnachtessen der Schulpflege ausgeladen worden. Ein Rücktritt komme derzeit nicht infrage.

Parteien wollen Rücktritt

Derweil brodeln der Streit längst nicht mehr nur innerhalb der Behörden. Als sich etliche Lehrerinnen und Lehrer in einem Schreiben hinter Loretz stellten, untersagte ihnen der Gemeinderat, sich politisch zu äussern.

Daraufhin bildete sich ein Unterstützungskomitee von Parteilosen, das sich «resethorgen» nennt. Auf Anfrage des «Tages-Anzeigers» schreibt das Komitee, das sich nur kollektiv und schriftlich äussert: «Wir glauben, dass die politisch etablierten Parteien in Horgen die Wahl einer parteilosen Frau in eines der wichtigsten Exekutivämter der Gemeinde nicht goutieren.» Jetzt brauche es Neuwahlen; notfalls sei übergangsweise auch eine Zwangsverwaltung in Kauf zu nehmen.

Derweil fordern SVP und SP einen Rücktritt der Schulpräsidentin, auch die Grünen raten Loretz zu diesem Schritt. Und der Präsident der örtlichen GLP, Marc Tschann, sagte der «Zürichsee-Zeitung», wem auf der Autobahn nur Geisterfahrer entgegenkämen, der müsse sich überlegen, ob nicht er selbst der Geisterfahrer sei. Die FDP appelliert an die Eigenverantwortung aller Beteiligten.

Doch der Moment, den Konflikt selbst zu lösen, ist verstrichen. Nun steht der Bezirksrat vor einem heiklen Entscheid. Theoretisch könnte er ein Amtsenthebungsverfahren gegen Loretz einleiten. Doch ob die Vorwürfe dafür ausreichen, scheint ungewiss. Realistischer ist es wohl, dass der Bezirksrat alle Seiten auf ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten hinweist. Auf die Gefahr hin, dass der Streit nicht beigelegt ist, sondern noch über Monate weiter schwelt. Das Szenario Bachenbülach ist deshalb noch lange nicht vom Tisch.

Kanton entzieht Asyalarzt das Mandat

Vorwürfe Nach Kritik an der Notunterkunft Adliswil darf der Mediziner nicht mehr behandeln.

Die Sicherheitsdirektion hat nach der Kritik des Adliswiler Mediziners Markus Fritzsche reagiert: Sie hat dem Arzt das Mandat für die Betreuung von abgewiesenen Asylsuchenden per Ende Woche entzogen. Grund: «grosse Zweifel über die Vertrauensbasis unserer Zusammenarbeit». So steht es in einem Schreiben an den Arzt, das dem «Tages-Anzeiger» vorliegt.

Fritzsche betreut als Hausarzt seit 30 Jahren Asylsuchende. Er hatte dem Kanton Anfang April vorgeworfen, «dilettantisch» auf die Corona-Krise zu reagieren und zu wenig für den Schutz der Menschen in der Notunterkunft zu tun. Es werde viel zu wenig getestet. Zudem sei eine erkrankte Frau entgegen seinen Anweisungen nicht ins Spital gebracht worden.

Schon vorher uneinig

Im Brief an Fritzsche wirft Andrea Lübberstedt, die Leiterin des Kantonalen Sozialamts, die Frage auf, ob der Arzt das Berufsgeheimnis verletzt hat. Und sie zeigt sich irritiert, «dass wir via Medienschaffende von Ihrer kritischen Haltung erfahren mussten». Allerdings waren sich Fritzsche und das Sozialamt schon vorher uneinig über die Testpraxis in den Notunterkünften gewesen. Auch das geht aus dem Brief hervor. Die Rede ist von Schwierigkeiten, die Frage «wirksam und schnell klären zu können».

Fritzsches Anwalt, Ueli Vogel-Etienne, weist die Kritik des Sozialamts zurück. Er sagt: «Man trifft hier wieder einmal auf das Whistleblower-Problem: Wer Missstände aufdeckt, wird gerüfelt und entlassen.» Das Sozialamt habe «offenbar keine Ahnung von den Zuständen» in den Notunterkünften. Die Frage mit dem Arztgeheimnis kontert Fritzsche selbst: Er habe sich davon schriftlich entbinden lassen, sagt er.

Seitens der Sicherheitsdirektion heisst es nun auf Anfrage, es hätten grosse Zweifel daran bestanden, ob Fritzsche die ärztliche Betreuung der Asylsuchenden «fachlich einwandfrei und unter Achtung der gesetzlichen und behördlichen Vorgaben» gewährleisten könne. Deshalb habe man das Mandat einem anderen Asyalarzt gegeben. Auch die Gesundheitsdirektion unter Natalie Rickli (SVP) ist inzwischen eingeschaltet: Diese mache nun aufsichtsrechtliche Abklärungen.

Die Gesundheitsdirektion will sich zum Konflikt zwischen Fritzsche und der Sicherheitsdirektion allerdings nicht äussern. Sprecher Marcel Odermatt sagt lediglich: «Wir prüfen im Moment die gegen den Arzt erhobenen Vorwürfe.»

Markus Fritzsche ist indes nicht der einzige Arzt, der die Sicherheitsdirektion kritisiert hat. Der Dietiker Asyalarzt Theo Leutenegger hatte Ende März im «Limmattaler Tagblatt» die Schliessung der unterirdischen Unterkunft in Urdorf verlangt. Ein Ansinnen, das die Sicherheitsdirektion zurückgewiesen hat: Es brauche diese Unterkunft, um ein funktionierendes Asylwesen sicherzustellen.

Liliane Minor